

FRAUEN- POLITISCHE FORDERUNGEN



DAS 8.MÄRZ-BÜNDNIS BRAUNSCHWEIG

Die regionale Initiative zum Internationalen Frauentag

INHALT

Impressum	2
8.März-Bündnis Braunschweig	3
Was wünschen sich Frauen in Braunschweig?	4
Frauen in die Politik	5
Frauen in der Arbeitswelt	6
Care-Arbeit	7
Gesellschaftliche Teilhabe	8
Schutz vor Gewalt	9
§218	10
Frauen mit Migrationserfahrung	11
Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt	12
Mädchen im Blick	13
Eine Stadt für alle	14
Verfasserinnen	15

IMPRESSUM

V.i.S.d.P: Marion Lenz, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
8.März-Bündnis Braunschweig – Die regionale Initiative zum Internationalen Frauentag
Gestaltung: Corinna Melcher | Dot Design
1. Auflage: Braunschweig, September 2021

BILDNACHWEISE

S. 3 oben: Aurima Cramm, unten: W. Altstäd, S. 4 Stefanie Kuper, S. 5 Stadt Braunschweig, Daniela Nielsen, S. 6 Claudia Taylor,
S. 7 Klevental, S. 8 Falco auf pixabay, S. 10 Pro Familia, S. 12 Stadt Braunschweig, Daniela Nielsen, S. 13 Mascha Bogner,
S. 14 Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt

DAS 8.MÄRZ-BÜNDNIS BRAUNSCHWEIG

1988 schlossen sich Frauen in Braunschweig zusammen, um ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsam das Veranstaltungsprogramm zum Internationalen Frauentag zu gestalten. Seit über dreißig Jahren ist dieses Bündnis aktiv und sorgt in unterschiedlichen Zusammensetzungen dafür, dass frauenpolitische Themen rund um den 8.März in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden.

Trotz der Corona-Pandemie entschlossen wir uns für den 8. März 2021 zu einer öffentlichen Kundgebung unter dem Motto „**Keinen Schritt zurück!**“, um gerade in dieser schwierigen Zeit mit unserem frauenpolitischen Statement sichtbar zu sein. Die überwältigende Teilnahme von Frauen und Männern, die vielen positiven Rückmeldungen, der Beifall und die Resonanz in den Medien zeigten uns, dass Geschlechtergerechtigkeit eine hochaktuelle Forderung ist, hinter die sich Menschen jeden Alters, jeden Geschlechts und jeder Herkunft stellen.

Aus unserer gemeinsamen und doch ganz unterschiedlichen Fachlichkeit heraus haben wir es uns in diesem Wahljahr zur Aufgabe gemacht, wesentliche Maßnahmen aufzuzeigen, die für eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter nach wie vor ausstehen und die wir deshalb gemeinsam einfordern.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, sich in dieser Legislaturperiode für wirkliche Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen und die Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft zu beenden.



Schlossplatz vor der Kundgebung am 8. März 2021

DIE BÜNDNISPARTNERINNEN 2021

- | | | |
|---|--|---|
| Amnesty International
Braunschweig | Frauenbibliothek der TU
Braunschweig | Mädchenarbeitskreis der Stadt
Braunschweig (MAK) |
| Arbeitsgemeinschaft Sozial-
demokratischer Frauen ASF | frauenBUNT e.V. | Mütterzentrum e.V./
MehrGenerationenhaus |
| Bündnis 90/Die Grünen | Frauenhaus | Pro familia Braunschweig |
| DIE LINKE | Frauenverband Courage | Refugium Flüchtlingshilfe |
| DGB Kreisfrauenausschuss | Gleichstellungsreferat der Stadt
Braunschweig | SisterAct/ Frauennetzwerk der
Braunschweiger Friedenskirche |
| Feministisches Bündnis
Braunschweig | Internationaler
Frauengesprächskreis | StoP-Stadtteile ohne
Partnergewalt |
| Frauen Union Kreisverband
CDU Braunschweig | KirchenFrauenKonvent der
Ev.-lutherischen Landeskirche | Ver.di – Ortsfrauenrat
Braunschweig |
| Frauen- und Mädchenberatung
bei sexueller Gewalt e.V | Braunschweig | Wirtschaftsfrauen Region
Braunschweig |
| Frauenberatungsstelle e.V. | LSBTI*-Koordinationsstelle
Stadt Braunschweig | |

FRAUEN IN DIE POLITIK

Am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen und gewählt werden. Mehr als 100 Jahre später, müssen wir feststellen, dass die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft trotz vieler Fortschritte immer noch nicht erreicht ist – auch nicht in Politik und Parlamenten. In fast allen Parlamenten ist der Frauenanteil bei den letzten Wahlen zurückgegangen. Im Deutschen Bundestag sind seit der letzten Wahl mit 30,9 Prozent so wenige Frauen vertreten wie zuletzt 1998.

Das wollen wir nicht länger hinnehmen – wir streiten gemeinsam für Parität in den Parlamenten.

Wir fordern alle Parteien auf, im Rahmen von Wahlrechtsreformen sicherzustellen, dass Frauen mindestens die Hälfte die Mandate in den Parlamenten innehaben – sowohl bei Listenmandaten als auch bei Direktmandaten. Wir fordern die Frauen und Männer in den Parlamenten auf, fraktionsübergreifende Initiativen für Parität in den Parlamenten zu ergreifen und einer Wahlrechtsreform ohne Parität nicht zuzustimmen. Die Beispiele in anderen Ländern zeigen:

Wenn der politische Wille für gleichberechtigte Teilhabe vorhanden ist, sind auch rechtliche Änderungen möglich. Und sind erst einmal mehr Frauen in den Parlamenten vertreten, ändern sich auch die Rahmenbedingungen.

Am 23. Mai 1949 ist unser Grundgesetz in Kraft getreten.

Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz wurde am 27. Oktober 1994 um den Satz „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ ergänzt.

Es ist an der Zeit, dass endlich auch für die Parlamente umgesetzt wird. Dafür streiten wir gemeinsam!

PROZENTUALER FRAUENANTEIL IN PARLAMENTEN

In Braunschweig ist bei der Kommunalwahl 2021 der Frauenanteil im Rat auf ermutigende 44 Prozent gestiegen, aber im Bundestag waren Frauen von 2017–2021 nur zu 31 Prozent vertreten, in den niedersächsischen Kommunalparlamenten lag der Frauenanteil in der zurückliegenden Wahlperiode durchschnittlich nur bei 24 Prozent.



FRAUEN IN DER ARBEITSWELT

Es erreichen mehr als 50 % der Frauen ihr Abitur und einen universitären Abschluss, rund 45 % der Promovierenden sind Frauen. Nur 26 % der Professuren werden von Frauen besetzt. Die MINT-Berufe sind mit nur 15,2 % Frauen (2018), Informatik 22,4 %, deutlich unterrepräsentiert. In den Dax-Vorständen besteht derzeit ein Frauenanteil von 12,8 %. Frauen sind in allen Berufen nicht entsprechend ihrer Schulbildung, ihrer Leistung und ihres Könnens vertreten. Noch immer entscheiden Männer mehrheitlich über das tägliche Leben. In der Gesellschaft wird die Erfahrung weiblicher Lebensrealitäten ignoriert. Frauen verbreitern den Blickwinkel und erhöhen die Chancen und Möglichkeiten für Entscheidungen. In der Privatwirtschaft, Aufsichtsräten und Vorständen ist der Männeranteil unverändert hoch.

Dass Frauen nicht ausreichend in der Wirtschaft vorkommen, ist nicht nur eine Geringschätzung weiblicher Leistung, sondern hat nachteilige betriebs- und volkswirtschaftliche Folgen, wie z.B. Altersarmut. Es bestehen trotz der Garantie der Gleichberechtigung im Grundgesetz, erfolgter Angleichung des Bildungsstandes sowie Ausbildungsniveaus in Deutschland berufliche, soziale und politische Benachteiligungen von Frauen.

WIR FORDERN FÜR FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT:

- Abschaffung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt**
- Abschaffung von Minijobs zugunsten sozialversicherungspflichtiger Arbeit**
- Gleicher Verdienst für gleichwertige Arbeit** (bei gleicher Arbeitszeit, Leistung und gleichem Bildungsniveau)
- Eine familienfreundliche Arbeitswelt** (vgl. Carearbeit)
- Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder** unter Berücksichtigung von Schichtarbeit
- Förderung von Teilzeitmodellen für Entscheidungs- und Führungspositionen** in Wirtschaft und Wissenschaft
- Frauen-Förderprogramme** an Universitäten und Fachhochschulen in Studium, Promotion und Professur in den MINT-Berufen
- Gehälter in den sozialen Berufen und anderen klassischen „Frauenberufen“** erhöhen und Arbeitsbedingungen verbessern
- Abschaffung Ehegattensplitting**
- Klischeefreie positive Rollen- und Berufsbilder** für alle Geschlechter in Unterrichtswerken und Medien



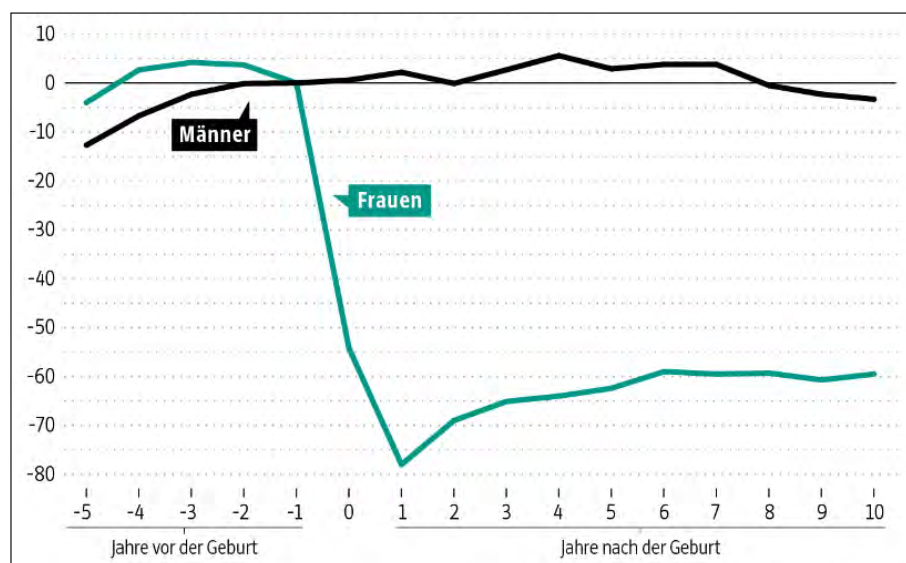
CARE-ARBEIT

Traditionelle Rollenbilder von „Frauen- und Männerberufen“ orientieren sich auch heute noch an der geschlechtsspezifischen „Eignung“ für bestimmte Berufe – körperliche oder intellektuelle Fähigkeiten, soziale Kompetenzen. „Frauenberufe“ werden auch mit den häuslichen Aufgaben von Pflege, Hausarbeit und Kindererziehung in Verbindung gebracht. Eine gesellschaftliche Anerkennung fehlt für die Care- und Sorgeberufe, und es fehlt eine entsprechende Entlohnung. Eine der Hauptursachen für die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt ist diese ungleiche Verteilung der Aufgaben in der Familie.

WIR FORDERN FÜR FRAUEN MIT SORGE-AUFGABEN UND IN CARE-BERUFEN:

- Neubewertung und finanzielle Aufwertung von Care-Berufen
- Kritische Prüfung von Zeitmanagement, Profitorientierung und Qualitätsstandards in Arbeitsfeldern der Care-, Sorge- und Bildungsarbeit
- Die Abbildung der Wertschöpfung durch unbezahlte Care-Arbeit in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
- Gesellschaftliche und berufliche Anerkennung der in der Familienarbeit erworbenen Qualifikationen wie Fürsorge, Kommunikation, Sozial- und Konfliktverhalten
- Maßnahmen gegen die gesellschaftliche und berufliche Benachteiligung von Müttern und Alleinerziehenden entwickeln und umsetzen
- Förderung einer geschlechtergerechten Aufteilung der privaten Care- und Sorgearbeit
- Aufwertung und Sichtbarkeit von Sorge-Tätigkeiten als gesellschaftsrelevante Aufgaben in Medien und Unterrichtsmaterialien
- Eine ausreichende, wohnortnahe und bedarfsorientierte Hebammenversorgung sicherstellen, sowie Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Hebammen verbessern
- Niedrigschwellige Angebote für junge Mütter und Väter, die unabhängig von den finanziellen Ressourcen wahrgenommen werden können
- Berufliche Entlastung von Menschen, die neben der Erwerbstätigkeit durch Familien- oder Pflegaufgaben belastet sind. (Stichwort: Familienfreundliche Arbeitswelt)
- Zuverlässige Notfall-Betreuungs- und Entlastungsmodelle sowohl für häusliche Pflege als auch für die familiäre Kinderbetreuung
- Grundrente zur Verhinderung der Altersarmut von Frauen

Einkommensverluste durch
Elternschaft
(Angaben in Prozent)



GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE

Die Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft verschärft sich, wenn durch eine körperliche, seelische, psychische oder geistige Besonderheit weitere Hürden hinzukommen.

Die Interessen von beeinträchtigten Menschen werden oft an die letzte Stelle gesetzt oder ganz übersehen. Die besonderen Herausforderungen, denen sich beeinträchtigte Frauen stellen müssen, spielen oft keine Rolle. Dies liegt auch daran, dass es einem Teil der Betroffenen aufgrund ihrer Lebenssituation nicht möglich ist, sich einzubringen, oder die Barrieren einfach zu groß sind.

WIR FORDERN FÜR FRAUEN MIT BESONDEREN BEDARFEN:

- **Den Ausbau von niedrighschwelligem und barrierefreien Begegnungsstätten in den Stadtteilen Braunschweigs**
- **Geschlechtersensible Beratungsstellen und Hilfsangebote für Menschen mit Beeinträchtigung, die langfristig sicher gefördert werden und gut erreichbar sind**
- **Bereitstellung von barrierefreien öffentlichen Toiletten (inkl. Hygieneartikeln) in der Innenstadt**
- **Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt durch die Förderung von speziellen Konzepten und Projekten**
- **Stärkung von Selbstvertretungen und Selbstermächtigung von Frauen mit einer Beeinträchtigung**
- **Geschlechterbewusste Gewaltschutzkonzepte für alle Einrichtungen und Institutionen, die mit und für Menschen mit Beeinträchtigung arbeiten**
- **Barrierefreier Zugang zu Frauenhäusern, Beratungsstellen, Polizei und Justiz**
- **Sexualberatung und Unterstützung durch eine begleitete Mutterschaft zur Förderung eines selbstbestimmten Lebens**



SCHUTZ VOR GEWALT

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Sie passiert im privaten wie im öffentlichen Raum, seelisch oder körperlich, durch den eigenen (Ex-) Partner, durch Familienmitglieder oder durch Fremde.

Das Völkerrecht und seit 2018 insbesondere die Istanbul-Konvention, das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, verpflichten unsere Regierung, Gewalt gegen Frauen zu verhindern, entsprechende Straftaten zu verfolgen und die Täter zu bestrafen.

Wir stellen uns gegen alle Formen der Gewalt gegen Frauen, Mädchen und LSBTIQ* und fordern Parteien und die Verantwortlichen in allen Parlamenten auf, sich in ihrer Arbeit für ein gewaltfreies Leben aller Menschen einzusetzen und geschlechtsspezifischer Gewalt entgegenzutreten.

WIR FORDERN:

- Die verlässliche Finanzierung der Fachberatungsstellen, Frauenhäuser und des Unterstützungssystems bei geschlechtsspezifischer Gewalt**
- Die Verhinderung von Femiziden (Tötungen von Frauen) durch systematische Gefährdungseinschätzungen sowie eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Akteure (Polizei, Krankenhaus, Justiz, Frauenhaus, Beratungsstellen ...)**
- Ausbau von Projekten zur Gewaltprävention**
- Schaffung und Erhalt von Schutzräumen, die ausschließlich Frauen zur Verfügung stehen**
- Vorbeugung gegen digitale Gewalt, wie das Verbot eindeutiger Stalkerware oder die Regulierung der Plattformen, und mehr Hilfsangebote für Betroffene**
- Unterstützung beim Ausstieg aus der Prostitution**
- Niedrigere Hürden beim Erwirken einer Auskunftssperre im Melderegister für Gewaltbetroffene, Beratende und gefährdete zivilgesellschaftlich Aktive**
- Vollumfängliche, schnelle und unbürokratische Hilfen für Betroffene sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend**
- Eine schnellere und verbesserte Strafverfolgung von Gewalttaten inklusive einer gesetzlich festgeschriebenen Fortbildungsverpflichtung für die Justiz im Deutschen Richtergesetz**
- Zeugnisverweigerungsrecht für die Beratenden**
- Kein gemeinsames Sorgerecht in Fällen häuslicher Gewalt**
- Beenden, Aussetzen oder Beschränken des Umgangsrechts des gewalttätigen Elternteils**
- Ausbau der Forschung zu dem Themenkomplex geschlechtsspezifischer Gewalt**
- Schutz und Hilfe bei drohender und erlittener Genitalverstümmelung**

§218

Seit 150 Jahren kriminalisiert der §218 StGB Menschen, die ihre Schwangerschaft abbrechen und steht in einem eklatanten Widerspruch zum Grundrecht auf Selbstbestimmung im Kontext von sexueller und reproduktiver Gesundheit.

Bei einer ungewollten Schwangerschaft brauchen betroffene Personen jegliche Unterstützung ihrer Wahl, also auf Wunsch umfassende Beratung, Information und medizinische Versorgung, sowie medizinische, soziale und gegebenenfalls auch psychosoziale Unterstützung. Sie brauchen Ärztinnen und Ärzte in der Nähe, die schonend, sicher und ohne moralische Vorhaltungen Schwangerschaftsabbrüche durchführen und darüber auch öffentlich informieren dürfen. Schwangere brauchen die Möglichkeit, ihre Fragen, Ängste und Zweifel in einer Beratungsstelle ihrer Wahl anzusprechen. Genauso brauchen sie das Recht, auf Beratung verzichten zu können, wenn sie die Schwangerschaft nicht fortsetzen wollen.

Freier Zugang zu straffreien Informationen über einen Schwangerschaftsabbruch muss selbstverständlich sein und Informationen über Qualitätsstandards, Risiken und Nachbehandlungen eines Schwangerschaftsabbruchs müssen klar von Falschinformationen unterscheidbar sein.

WIR FORDERN:

- **Die im deutschen Strafgesetzbuch verankerten Maßnahmen gegen Schwangere, die auf eigenen Wunsch ihre Schwangerschaft abbrechen lassen, sind zu streichen**
- **Keine Strafandrohung für Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal, wenn sie auf Wunsch der Betroffenen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen**
- **Ein ungehinderter und straffreier Zugang zu qualifizierter Gesundheitsversorgung und medizinischen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs ohne verpflichtende Beratung**
- **Der Zugang zu Methoden und Einrichtungen für den Schwangerschaftsabbruch unabhängig von den individuellen finanziellen Ressourcen**
- **Ein dichtes Netz an gut bekannten Beratungsstellen, die zeitnah Termine zur Verfügung stellen können**
- **Gute medizinische Versorgung und Beratung bei Schwangerschaftsabbrüchen in der fortgeschrittenen Schwangerschaft**
- **Der Schwangerschaftsabbruch als Teil der gynäkologischen Ausbildung**
- **Aufdeckung und Unterbindung jeglicher gesellschaftlicher oder sozialer Stigmatisierung von Personen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen**
- **Kostenübernahme für alle Verhütungsmittel/-methoden**



FRAUEN MIT MIGRATIONSERFAHRUNG

Frauen mit Migrationserfahrung sind bei der Bewältigung ihrer Lebenssituation in ihrer gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern auch infolge ihrer Flucht- und Migrationserfahrungen hohen Hürden und vielfältigen Belastungen ausgesetzt: eine unsichere aufenthaltsrechtliche Situation und Zukunftsperspektive, langwierige Asylverfahren, Nichtanerkennung von Abschlüssen der Heimatländer oder geringe Bildungsvoraussetzungen, fehlende berufliche oder soziale Netzwerke, die Mehrbelastung durch die Familienarbeit, vielschichtige Gewalterfahrungen und weitere belastende Aspekte sind kennzeichnend für Migrationsbiografien von Frauen.

Die Benachteiligung einer Frau mit Kopftuch bei einer Stellenbesetzung, die Rücknahme eines Wohnungsangebotes aufgrund der eigenen Herkunft oder der Anzahl der Kinder sind beispielhafte Diskriminierungserfahrungen, die wiederum unmittelbaren Einfluss auf das Integrationsverhalten der Betroffenen haben.

Die Stärkung der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein wichtiges Signal für die Anerkennung der Zugewanderten als Bürgerinnen und Bürger und zugleich für alle Menschen vor Ort wichtig.

WIR FORDERN:

- Integration durch Bildung**
- Beratung, Begleitung und Unterstützung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt**
- Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Bildungsabschlüssen**
- Angebote für Frauen ohne (Schul-/Berufs-)Abschluss**
- Kinderbetreuungsangebote bei Kursen, Schulungen und Veranstaltungen**
- Angebote zur Orientierung im neuen Lebensumfeld**
- Geschlechtersensible aufenthaltsrechtliche Beratung mit einem niedrigschwelligen Zugang**
- Zugang zu schnellen medizinischen Checkups während des Asylverfahrens (insbesondere im Bereich Gynäkologie)**
- Zugang zu therapeutischer Hilfe**
- Abbau von Sprachbarrieren durch Übersetzungsdienste**
- Mehr Möglichkeiten für interkulturelle Begegnungen und Austausch**
- Anerkennung und Förderung von Migrantinnenselbstorganisationen**
- Erhöhung des Anteils von Frauen mit Migrationserfahrung in politischen Gremien**
- Interkulturelle Öffnung von Behörden, Organisationen und Unternehmen sowie diskriminierungsarme, gender- und diversitysensible Bewerbungsverfahren**
- „Safe Spaces“ (geschützte Räume) in Gemeinschaftsunterkünften für vulnerable Gruppen (insbesondere alleinstehende Frauen, Mädchen, Schwangere, homo- und bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Personen)**
- Aufbau gezielter Vernetzungsstrukturen im Unterstützungssystem**
- Ein gesichertes Aufenthaltsrecht für Migrantinnen bei einer Trennung vom gewalttätigen Ehepartner**

SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT

Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*) sind in unserer Gesellschaft immer noch benachteiligt. Stigmatisierung, Anfeindungen und Gewalt sind die Folge, wenn ein Mensch gleichgeschlechtlich liebt, sich mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht nicht identifizieren kann oder bei Geburt nicht eindeutig einem Geschlecht zugeordnet werden kann.

Vielfältige Liebes- und Lebensweisen werden noch nicht als normal angesehen. Solange die Offenbarung als homo- oder bisexuell, trans* oder intergeschlechtlich noch notwendig ist und das freie Ausleben der eigenen Sexualität oder der Geschlechtsidentität nicht möglich ist, muss das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt überall mitgedacht und thematisiert werden.

Diskriminierungserfahrungen sind für LSBTI* real und führen dazu, dass Personen sich verstecken müssen, unter starkem gesellschaftlichem Druck stehen und somit einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind, psychisch zu erkranken.

WIR FORDERN:

- Schulungen und Fortbildungen zur sexuellen Vielfalt für das Personal in allen Bildungsinstitutionen**
- Förderung der Akzeptanz vielfältiger sexueller Lebens- und Begehrensformen in allen Bereichen**
- Sicherstellung des Rechts auf eine selbstbestimmte Sexualität und auf ein selbstbestimmtes Leben für alle**
- Recht auf umfassende sexuelle Bildung, die alle Geschlechtsidentitäten und unterschiedliche sexuelle Orientierungen berücksichtigt. Ziel der sexuellen Bildung soll ein angstfreies, respektvolles, vorurteilsfreies und gleichwertiges Miteinander sein**
- Aufweichung der Stereotype über Geschlecht, Geschlechterrolle und Geschlechteridentität**
- Regenbogenfamilien anerkennen – Abbau der rechtlichen Schlechterstellung von queeren Paaren mit Kindern**
- Sorgfältige Statistik zur Gewalt gegen LSBTI*-Personen und eine konsequente Verfolgung der Straftaten**
- Ausbau eines geschlechtersensiblen und LSBTI*-sensiblen Gesundheitssystems durch Schulung des medizinischen und pflegerischen Personals zur geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt**
- Umfassende Aufklärung für Eltern intergeschlechtlich geborener Kinder**



MÄDCHEN IM BLICK

Parteiliche Mädchen*arbeit definiert sich als bewusste, geschlechtsbezogene pädagogische Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen, sowie mit jungen Menschen, die sich als weiblich definieren.

Parteilichkeit bedeutet, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge und die daraus resultierenden Bedürfnisse berücksichtigt werden. Dabei werden die gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnisse und Zusammenhänge in den Blick genommen.

Anlass und Legitimation einer parteilichen Mädchen*arbeit ist die weiterhin existente geschlechtsorientierte Benachteiligung auf diversen Diskriminierungsebenen. Die Anforderungen an Mädchen*arbeit und ihre pädagogischen Standards müssen daher laufend aktualisiert und erweitert werden.

Mädchen*arbeit bedeutet auch immer Mädchen*politik.

WIR FORDERN:

- **Die Wahrnehmung von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen durch Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen schärfen**
- **Aufbau einer Kultur der Solidarität und Empathie mit Jugendlichen jeglicher Geschlechtsidentität**
- **Bereitstellung und finanzielle Absicherung von Räumen, Zeit und Ressourcen für parteiliche Mädchen*arbeit als gesellschaftliche Aufgabe**
- **Artikulationsräume schaffen: Raum geben für Austausch, Selbstwahrnehmung und für eine gemeinsame Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Lebenswelten**
- **Enttabuisierung von Gewalterfahrungen und Förderung einer offenen Auseinandersetzung über Erfahrungen von Scham, Sexualisierung und Diskriminierung sowie über das Spannungsfeld von Macht und Gewalt innerhalb patriarchaler Strukturen**
- **Respekt gegenüber Mädchen und jungen Menschen, die sich als weiblich wahrnehmen, in allen gesellschaftlichen Zusammenhängen konsequent einfordern**
- **Unterstützungs- und Beratungsangebote sichern, die Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen geschlechts- und kultursensibel begleiten**
- **Eine offene, intersektionale und geschlechterbewusste pädagogische Sichtweise auf die Belange von jungen Menschen in allen pädagogischen und sozialen Wirkungsfeldern verankern**
- **Die gleichberechtigte Teilhabe und angstfreie Zugänge zu allen öffentlichen Räumen gewährleisten.**
- **„My body, my choice“: das Recht junger Menschen auf die Definitionsmacht über ihren eigenen Körper und auf selbstbestimmte Entscheidungen konsequent schützen**



EINE STADT FÜR ALLE

Frauen sind nach wie vor vielfältig benachteiligt und durch weitere Merkmale häufig mehrfach diskriminiert. Daher stellen wir uns als 8.März-Bündnis gegen jede Form von Ausgrenzung und Benachteiligung und setzen uns ein für ein diskriminierungsfreies Leben in Braunschweig

WIR FORDERN:

- **Ausbau des barrierefreien ÖPNV** unter Beachtung von diversen Beeinträchtigungen, sprachlichen Hürden und unterschiedlichen Lebenssituationen
- **Eine geschlechtersensible und sozial gerechte Mobilitätsentwicklung**, z.B. durch die **Aufwertung des Rad- und Fußverkehrs**
- **Bereitstellung von barrierefreiem Wohnraum** in öffentlicher Hand, Förderung von **sozialem Wohnungsbau** und **diskriminierungsfreie Vermittlung von Wohnraum**
- **Barrierefreie Stadtgestaltung** – barrierefreie Zugänge, konsequente Barrierefreiheit bei allen öffentlichen Gebäuden, sowie zu allen medizinischen Einrichtungen
- **Die Beseitigung von Angsträumen in der Stadt**
- **Diskriminierungsfreie Kommunikation** zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Barrierefreier Zugang zu allen Informationen.
- **Informations- und Unterstützungsangebote** bei der Stadt Braunschweig für von Diskriminierung und Benachteiligung betroffenen Personen
- **Präventive Maßnahmen** zur Vorbeugung gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt
- **Barrierefreie Bildungsangebote** für alle Menschen, insbesondere der Abbau von Hürden für Menschen mit Kindern, Beeinträchtigungen oder Migrationshintergrund
- **Beteiligungsprozesse** unter Berücksichtigung aller Bevölkerungsgruppen konzipieren
- **Demokratische Teilhabe** für alle Menschen ermöglichen
- **Sichtbarkeit der gesellschaftlichen Vielfalt** in Kunst, Kultur, Medien, sowie in Bildung, Wissenschaft und Politik.



Die **Würde** von Frauen und Mädchen ist **unantastbar**.

In Braunschweig und überall.



8-März-Bündnis Braunschweig
Die regionale Initiative
zum Internationalen Frauentag



© www.koelner-initiative-
gegen-sexualisierte-gewalt.de

DER FORDERUNGSKATALOG WURDE GEMEINSAM ERARBEITET VON

- Alina Czorny, Solidactiv Refugium**
- Andrea Hotopp, DGB-Kreisfrauenausschuss Braunschweig**
- Anke Schneider, Die LINKE**
- Anne Henken, Pro familia Braunschweig**
- Aurima Cramm, Frauenhaus**
- Dr. Birgit Pohl, Frauen Union Kreisverband CDU Braunschweig**
- Brigitte Riedel, Amnesty International Braunschweig**
- Eva-Maria Blum, Pro familia Braunschweig**
- Friederike Korbes, Refugium Flüchtlingshilfe e.V.**
- Ina Born, Wirtschaftsfrauen Region Braunschweig e.V.**
- Jette Walla, Frauen- und Mädchenberatung bei sexueller Gewalt e.V.**
- Karin Oesten, frauenBUNT e.V.**
- Katharina Schade-Adeyemi, Frauenberatungsstelle**
- Katja Topp, ver.di Ortsfrauenrat Braunschweig**
- Leonie Schönwalder, Braunschweiger Mädchenarbeitskreis MAK**
- Lilli Janzer-Lobermeier, Braunschweiger Mädchenarbeitskreis MAK**
- Lisa Hoffmann, Frauennetzwerk sisteract der Braunschweiger Friedenskirche**
- Charlotte Wichmann, Bündnis 90/Grüne**
- Madina Bertling, Refugium Flüchtlingshilfe e.V.**
- Mareike Walther, Stadt Braunschweig, LSBTI*-Koordination**
- Maria Özdem, Amnesty International Braunschweig**
- Nadine Stafe, Mütterzentrum/ Mehrgenerationenhaus**
- Nadine Labitzke-Hermann, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen ASF**
- Sabine Wittekopf, KirchenFrauenKonvent der Ev.-lutherischen Landeskirche Braunschweig**
- Stefanie Kuper, Frauennetzwerk sisteract der Braunschweiger Friedenskirche**
- Ulrike Adam, Gleichstellungsreferat der Stadt Braunschweig**
- Ulrike Hauswaldt, Frauenhaus**
- Yasemin Wolgast, StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt**

DIE ERSTELLUNG DER FRAUENPOLITISCHEN FORDERUNGEN WURDE UNTERSTÜTZT DURCH:

Stadt  **Braunschweig**
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Büro für Migrationsfragen

Stadt  **Braunschweig**
Gleichstellungsreferat

WIR BEDANKEN UNS HERZLICH!